

Polit-Konflikte um „freies Bauen für freie Bürger“

Vorstoß der CSU-Fraktion beim geplanten Baugebiet Fuchsberg — UPW und Flitz nehmen dazu Stellung

Die CSU-Fraktion hat offenbar ein sensibles Thema angesprochen, als sie dafür plädierte, Bauwilligen im geplanten Baugebiet Fuchsberg architektonisch möglichst freie Hand zu lassen.

NEUMARKT — UPW-Sprecher Martin Meier nannte den Vorschlag ein „unseriöses Luftschloss“, mit dem man nicht erfüllbare Begehrlichkeiten wecke. Wenn Berggau das, wie von der CSU zitiert, tue, dann liege das an den Zwängen, denen eine kleine Gemeinde aus demografischen Gründen unterworfen sei. Günther Braun (CSU) reklamierte derartige Zwänge auch für die Stadt Neumarkt. Braun amüsiert sich auch über das von Meier verwendete Wort „rasch“, das ja nun wirklich nicht zum Handlungsrepertoire des UPW-Oberbürgermeisters passe. Meier wies nun in seiner Antwort darauf hin, dass Verzögerungen beim Bau der Lammsbräukreuzung, die Braun angeführt hatte, ganz und gar nichts mit einem Baugebiet auf dem Fuchsberg zu tun hätten.

Braun hatte auch geschrieben, dass die von der UPW angeführten Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssten, bevor bei einem Baugebiet ins Detail gegangen werden könne, ein Herunterbeten von Allgemeinplätzen sei. Meier dagegen sagt: „Seriose Teilnahme am politischen Meinungsprozess erfordert, in Zusammenhängen zu denken, das Setzen von Prioritäten, gleiche Rahmenbedingungen für alle zu schaffen und im Stande zu sein, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Rahmenbedingungen implizierten insbesondere auf diesem Themengebiet auch immer einen Gleichheitsgrundsatz.“ Dieser sei durch die Beachtung der Bayerischen Bauordnung sowie der Bausatzung der Stadt gesetzlich zementiert.

Die Forderung der CSU-Fraktion nach einem Baugebiet ohne jegliche Vorgaben träten hierzu in Widerspruch. Mit dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ habe dies jedenfalls nichts zu tun.

Danach handelt aber nach Meinung von Flitz-Vorsitzendem Dieter Ries weder Oberbürgermeister Thomas Thumann noch die UPW-Fraktion.

Die hätten vergessen, was sie im Parteiprogramm vor der Kommunalwahl, versprochen, nämlich bei Baumaßnahmen mehr Freiheit gewähren zu wollen. Für Bürgermeister Franz Düring (UPW) gelte das schon, wie dessen Privatbau in der Matthäus-Bögl-Straße zeige, nicht aber für die Bürger insgesamt.

Die Flitz-Stadträte Johann Georg Gloßner und sein Kollege Hans-Jürgen Madeisky vertreten den Standpunkt, dass man allen Bürgern eine größtmögliche Freiheit beim Bau eines Hauses einräumen sollte. Gloßner: „Meist bauen die Leute doch nur ein einziges Haus im Leben. Einvernehmen mit dem Nachbarn sollte, soweit möglich, bestehen.“ Der für seine Strenge bekannte frühere Stadtbaumeister Rudolf Müller-Tribensee beobachtet die Diskussion aus seiner Pensionistenwarte in Rittershof und wundert sich. Die Stadt habe in der Vergangenheit Preise dafür eingeholst, dass sie auch in Neubaugebieten städtebaulich Linie gehalten habe. Solle das nun aufgegeben werden? *hcb*